

## Phönix in der Asche

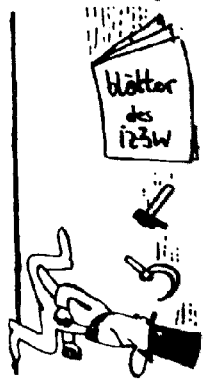
### Zur Neuorientierung der portugiesischen Linken seit 1975

Wie man weiß, findet in Portugal kein sozialistischer Übergang mehr statt. Seit dem November-Putsch der »gemäßigten Militärs« 1975 vollzieht sich ein zähflüssiger kapitalistischer Stabilisierungsprozeß, den die sich erneut konsolidierenden bürgerlichen Staatsapparate zu garantieren und zu beschleunigen suchen – begleitet von immer offeneren Eingriffen der Koordinationsinstanzen des internationalen Kapitals. Die organisierte portugiesische Linke und die Massenbewegungen des portugiesischen Proletariats befinden sich in der Defensive, hinsichtlich des ökonomischen wie des politischen Kampfs.

Ist die tiefgreifende Krise des portugiesischen Kapitalismus, die sich im Sommer 1975 bis zur offen vorrevolutionären Situation zuspitzte, damit beendet? Unter welchen Perspektiven und Bedingungen kann die portugiesische Linke aus ihrer gegenwärtigen Defensive heraus die revolutionäre Initiative zurückgewinnen?

Und unter welchen Perspektiven und Bedingungen kann die Bourgeoisie die im Herbst 1975 gewonnene Schlacht in einen definitiven Sieg verwandeln?

# Blätter des IZSW



Blätter des Informationszentrums dritte welt

Themen der letzten Nummern waren:

+ Produktionsverlagerung und Arbeitslosigkeit in der BRD + Außenpolitik der VR China + UNCTAD IV – Veränderung für die Dritte Welt? + Das neue Weltbankprogramm + Nestlé Babykiller + Afrikanische Entwicklungsmodelle + Arbeitsaufenthalt auf Kuba + Pressenkampagne gegen Kampuchea + Frauen in der Dritten Welt + Aufbau in kürzlich betroffenen Ländern + Ökonomischer Völkermord in Chile + Aktionen: Dritte Welt Handel + Tansania: Bürokratie behindert sozialistische Entwicklung + Dritte Welt im Spiegel der Massenmedien + Unterdrückung der Indios in Südamerika + Malaysia: Kampf um Wohnraum + Medizin in der 3. Welt + Probleme landwirtschaftlicher Entwicklung  
Die in 8 Ausgaben pro Jahr erscheinende Zeitschrift  
+ berichtet über die Lage der 3. Welt, die Ursachen ihrer „Unterentwicklung“ und über den Widerstand der unterdrückten Völker und Nationen  
+ gibt Aufschluß über den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur hier und dem Elend der Massen in der Dritten Welt  
+ beleuchtet die „Entwicklungshilfe“, ihre Hintergründe und Auswirkungen  
+ setzt sich mit den Vorstellungen der bürgerlichen Entwicklungslandtheorie und -politik auseinander  
+ berichtet über den Befreiungskampf der Völker in der 3. Welt und den Aufbau unabhängiger, fortschrittlicher Staaten  
+ will zu praktischer Solidarität mit dem Kampf der 3. Welt um Freiheit und Unabhängigkeit anregen  
+ gibt Hinweise und Erfahrungsberichte aus der Solidaritätsarbeit  
Jahresabonnement bei 8 Nummern mit 40 : 60 Seiten: DM 28,- /SS 200,-/Str. 28,80 (für Studenten, Zivilistenstellende und andere einkommensschwache Gruppen nach Selbstschätzung: DM 20,-/SS 140,-/Str. 20,40).

Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328 D-7800 Freiburg, Telefon: 0761 / 7 40 03



Sich bestelle ab sofort

☐ Jahresabonnement

Name: \_\_\_\_\_

☐ Geschenkabonnem.

Adresse: \_\_\_\_\_

☐ Probeheft (kostenlos)

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Diese Fragen liegen dem Prozeß von Kritik und Selbstkritik zugrunde, den die unbestreitbare Niederlage von Juli/November 1975 in der portugiesischen Linken ausgelöst hat. Nachdem in den letzten Monaten (im März 1977 mit der Aufkündigung der aus der Präsidentschaftskampagne Otelos hervorgegangenen Volkseinheitsbewegung *MUP*, sowie mit der endgültigen Aufgabe des taktischen Ziels einer Linksmehrheit mit der PS seitens der PCP im Juli/August 1977) die beiden scheinbar auf der Hand liegenden taktischen Antworten auf die veränderte Situation definitiv gescheitert sind, ist es sinnvoll, eine Zwischenbilanz dieses Prozesses zu ziehen.

Eine solche Zwischenbilanz der Neuorientierungsprozesse innerhalb der portugiesischen Linken gewinnt heute zusätzliche Bedeutung: auch auf der Seite der politischen Repräsentanten einer Konsolidierung der Kapitalherrschaft sind die nach dem 25. November 1975 getroffenen Lösungen in den letzten Monaten an ihre Grenzen gestoßen – und stehen spätestens im Oktober 1977 selbst zur Disposition. Es stellt sich also heute die zusätzliche Frage, inwiefern und inwieweit die portugiesische Linke aufgrund ihrer bisherigen Neuorientierung dazu in der Lage sein wird, einer verschärften Offensive der bürgerlichen Politik zu begegnen. (Die jedenfalls die wesentlichen Errungenschaften der vorrevolutionären Situation offen in Frage stellen wird, wie sie im geltenden Verfassungskompromiß noch garantiert sind, – wenn sie nicht sogar die demokratische Form der zweiten portugiesischen Republik selbst aushöhlen oder aufheben sollte.)

## 1. Grundzüge des politischen Prozesses seit dem 25. November 1975

### 1.1 Die Konsolidierung der 2. Portugiesischen Republik

Mit der sorgfältig vorbereiteten »Gegenaktion« der rechten und »gemäßigten« Militärs unter Führung des Obersten Ramalho Eanes gegen die (provozierte) Erhebung einer Fallschirmjägereinheit und der anschließend von der VI. provisorischen Regierung unter Pinheiro de Azevedo betriebenen Konsolidierung des bürgerlichen Staatsapparates verliert die portugiesische Linke zwei zentrale Machtpositionen: Einerseits ihren bewaffneten Arm in Form des linken Flügels der Streitkräftebewegung *MFA*, wie er bis dahin vor allem im Einsatzkommando *COPCON* unter Otelo und in der Informationsabteilung des Generalstabes, deren Offiziere Vasco Gonçalves gestützt hatten, institutionalisiert worden war, andererseits maßgebliche (wenn auch durchaus noch nicht beherrschende) Stellungen in den »ideologischen Staatsapparaten« (vom Erziehungswesen bis zu den Massenkommunikationsmitteln). Zugleich damit setzt ein Prozeß ein, der zunehmend zum Verlust der politischen Unterstützung bzw. der abwartenden Neutralität führt, die weite Teile der portugiesischen Mittelschichten einer Linken entgegengebracht hatten, die in unaufhaltsamer Offensive schien.

Die VI. Provisorische Regierung beschränkt sich in ihrer Politik weitgehend darauf, die in der offensiven Phase des »revolutionären Prozesses« (März bis Juli 1975) in Gang ge-

kommenen Umwälzungen als »Strukturreformen« festzuschreiben, einzugrenzen und zum Stehen zu bringen – so vor allem hinsichtlich der Agrarreform, der Nationalisierungen der portugiesischen Monopolgruppen und der Arbeiterkontrolle. Die in diesen Bereichen errungenen Positionen von Repräsentanten der Arbeiterklasse und der für ein antikapitalistisches Bündnis zu gewinnenden Volksschichten werden vorerst nicht angetastet. Sie werden sogar im Verfassungskompromiß, der im April 1976 (doppelt legitimiert: durch die Verfassungsgebende Versammlung, sowie durch einen Pakt Parteien-Streitkräftebewegung *MFA*) in Kraft tritt, ausdrücklich garantiert.

Eine Einschränkung der Freiheit der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationsfreiheit findet nur auf lokaler Ebene statt, d. h. in den Gebieten, in denen der reaktionäre Terror bereits während des »heißen Sommers« 1975 »die Kommunisten« mit Feuer und Schwert vertrieben hatte: auf Madeira und den Azoren, sowie in den ländlichen Gebieten des Nordens wird das öffentliche Auftreten und die politische Arbeit aller Kräfte links von den Repräsentanten der Bourgeoisie weiterhin durch den Terror der lokalen Machthaber behindert.

Die allgemeinen Wahlen, mit denen im April und Juni 1976 der Institutionalisierungsprozeß der Zweiten Portugiesischen Republik beendet wurde, zeigten dann, daß noch keine wesentlichen Verschiebungen in den Kräfteverhältnissen zwischen den grundlegenden politischen »Projekten« auf der Ebene ihres Wählerpotentials (und, wie die Wahlkampagnen zeigten, auf der Ebene ihrer Massenbasis) gegenüber den ersten freien Wahlen im nachfaschistischen Portugal im April 1975 stattgefunden haben: insbesondere zeigt das schwache Abschneiden der »christ-demokratischen« Rechtspartei *CDS* bei den Parlamentswahlen, daß eine autoritäre Lösung der portugiesischen Krise noch keine Massenbasis hätte. Dasselbe wird bei den Präsidentschaftswahlen deutlich, wo der von allen Parteien rechts von der *PCP* und dem gesamten Staatsapparat auf den Schild gehobene Architekt des 25. Novembers, General Ramalho Eanes, zwar 60% der abgegebenen Stimmen, aber nur ca. 45% der Wahlberechtigten auf sich vereinigen kann. Auf der anderen Seite wird deutlich, daß sowohl die *PCP*, die bei den Parlamentswahlen ihr Wählerpotential konsolidiert, als auch die Gesamtheit der Gruppen links von der *PCP*, die mit der Kandidatur des Ex-Generals Otelo einen beachtlichen Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen erzielen, weiterhin einen ernstzunehmenden Faktor der portugiesischen Politik darstellen. Es kommt allerdings keine politische Linksmehrheit bei den Parlamentswahlen zustande: wenn auch die programmatisch auf einen sozialistischen Übergang festgelegten Parteien *PS*, *PCP* und *UDP* (Maoisten) eine reichliche absolute Mehrheit erzielen, ist doch konkret an eine Koalition oder auch nur an eine andere Form eines Regierungskompromisses zwischen ihnen nicht zu denken.

So kommt es zur *Alleinregierung der PS*, die sich als Partei des notwendigen Klassenkompromisses legitimiert. Nach einer ersten Phase, in der die Besetzung aller der neuen Regierungspartei erreichbaren Positionen in Staatsapparat und parastaatlichen Apparaten im Vordergrund ihrer Tätigkeit steht, geht sie in einer zweiten Phase, ab Herbst 1976, zum immer offeneren Angriff auf die bisher unangetasteten gesellschaftspolitischen Bastionen der Linken über. Als Minderheitenregierung muß sie dafür zunehmend Unterstützung von rechts suchen, während die bürgerliche Rechte ihre Bedingungen höher zu schrauben beginnt. Parallel wirkt die wachsende Abhängigkeit von den westlichen Gläubi-

Gewerkschaften angehören. Die CGTP/IN konnte inzwischen schon mehrfach ihre Mobilisierungsfähigkeit, auch gegen die PS-Regierung, unter Beweis stellen, während die »Offene-Brief-Gruppe« ihr gegenüber beständig an Boden verlor, trotz aller Versuche der Regierung, sie zum privilegierten Gesprächspartner zu erheben.

Die portugiesische Linke hat also durchaus noch nicht die Kraft verloren, die Initiative zurückzugewinnen. Gegenüber der Konsolidierung des bürgerlichen Staatsapparates und seiner langsam in Gang kommenden Offensive gegen die Errungenschaften der »portugiesischen Revolution« hat sie zunächst einmal Zeit gewonnen und damit die Möglichkeit, ihre Organisationsformen zu konsolidieren und ihre Erfahrungen zu verarbeiten. Die Gretchenfrage wird jetzt sein, wie weit sie sich in der Lage erweist, taktisch adäquat auf die gegenwärtige »politisch-militärische Krise« der Zweiten Portugiesischen Republik zu reagieren, und das heißt konkret, wie weit es ihr gelingt, die notwendige Einheit aller konsequent sozialistischen Kräfte gegenüber dem bevorstehenden Versuch einer definitiven Durchsetzung der kapitalistischen Stabilisierung herzustellen.

## 2. Die Spaltungen der portugiesischen Linken und die politischen Ausdrucksformen der portugiesischen Arbeiterklasse

Bekanntlich steht die portugiesische Linke der anderer Länder an innerer Zerrissenheit nicht nach. Seitdem die Krise des faschistischen Regimes Mitte der 60er Jahre offen zutage tritt und sich zum ersten Mal seit der unmittelbaren Nachkriegszeit eine reale Perspektive seines Sturzes erkennen läßt, setzt in Portugal der Spaltungsprozeß des bis dahin geeinten antifaschistischen Widerstandes ein: Zum einen bildet sich eine reformistische Fraktion von sozialdemokratischen und sozialistischen Regimegegnern heraus, die ihren organisatorischen Ausdruck in der 1973 in der BRD gegründeten PS findet, zum anderen spaltet sich auch die in der illegalen PCP organisierte revolutionäre Fraktion des Widerstandes, indem sich die Spaltungen der internationalen kommunistischen Bewegungen in Form eines illegalen Zirkelwesens in Portugal reproduzieren. Andererseits kommt es zu einem politischen Erosionsprozeß auf der Seite des herrschenden Blocks: sein »technokratischer Flügel« beginnt sich in eine »sozialliberale« Oppositionsgruppe zu verwandeln und aus dem moralischen Protest der katholischen Jugendorganisationen gegen Kolonialkrieg und Ordinarierkorruption wächst eine »Neue Linke« hervor, die links von der PCP Position zu beziehen versucht.

Die Dramatik dieser Entwicklung wird an den beiden Tatsachen deutlich, daß einerseits die Gesamtheit dieser Oppositionsgruppen die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes gegen das faschistische Kolonialregime bejahte und entsprechend von der faschistischen Geheimpolizei PIDE/DGS verfolgt wurde und daß andererseits die Führer aller derjenigen Gruppen, die tiefer in der portugiesischen Arbeiterklasse verwurzelt sind – von Mario Soares und seinen führenden Ministern bis zur Chefin der »Guevaristen«, Isabel do Carmo – irgendwann einmal Mitglieder der PCP waren.

Es kann hier jedoch nicht darum gehen, die Komplikationen eines über zehnjährigen Prozesses von Spaltungen und Wiederannäherungen zu analysieren. Hier geht es um das

gegenwärtige Resultat und die konkreten Perspektiven dieser Entwicklung: Welche Perspektiven gibt es, einerseits die breiten Massen, die heute noch sozialdemokratischen und »sozialliberalen« Politikern wie Soares und Carneiro folgen, für einen wirklichen sozialistischen Übergang zu gewinnen und andererseits die fraktionellen Spaltungen innerhalb der kommunistischen Bewegung zu überwinden, die sich bereits in der vorrevolutionären Krise 1975 als entscheidende Schwäche erwiesen hat?

### 2.1 Die Fraktionen der portugiesischen Linken heute

Ende Juli 1977, mit dem Abschluß der Sitzungsperiode des Parlaments und in einer Sommerpause, in der eine »neue Runde« von Klassenausinandersetzungen eingeleitet wird, existieren vier deutlich in ihrer Programmatik und Praxis voneinander abgegrenzte »Familien« politischer Organisationen und Gruppierungen, die Ausdruck von Tendenzen innerhalb der portugiesischen Arbeiterklasse und der für ein revolutionäres Bündnis zu gewinnenden Volksschichten sind. Nach den Erfahrungen mit den bisherigen Versuchen, eine organisatorische Einheit der Linken herzustellen, dürften zwischen ihnen auf der politischen Ebene allenfalls noch taktische Allianzen möglich sein. Die alte antifaschistische Volksfrontorganisation MDP/CDE ist im Sommer 1974 zerbrochen (Austritt der Repräsentanten von PPD und PS unter Protest gegen ein kommunistisches Übergewicht; Austritt der Repräsentanten des MES nach Umwandlung der Rest-MDP/CDE in eine politische Partei), die revolutionäre Einheitsfront FUR, die im Sommer 1975 die revolutionäre Lösung der »politisch-militärischen Krise« tragen soll, scheitert gleich bei ihrem Entstehen, insofern die Einbeziehung zweier wesentlicher Elemente, die PCP und der militärischen Linken, bloßes Programm bleibt; die antikapitalistische Basisbewegung GDUP/MUP, die von der erfolgreichen Otelo-Kampagne her aufgebaut werden soll, zerbricht seit Herbst 1976 an den rivalisierenden Führungsansprüchen der in ihr präsenten politischen Organisationen. Sind damit die möglichen Formeln einer Einheit der Linken erschöpft – oder sind diese Formeln nur falsch gehandhabt worden? Einer Antwort auf diese Frage können wir durch nähere Betrachtung dieser vier »Familien« näherkommen.

(a) Die erste »Familie« wird von allen denjenigen gebildet, die den verfassungsmäßig vorgeschriebenen Sozialismus im Sinne der heutigen Sozialdemokratie als wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus interpretieren. Hierher gehören heute die PS – mit Ausnahme ihres verbliebenen linken Flügels –, ihre »natürliche Verbündete« im Parlament, die PSD/PPD, sowie die kleine »linkssozialliberale« Gruppe MSD, die personell in der umgebildeten PS-Regierung vertreten ist. Neben der nicht unwichtigen historischen Differenz des Ursprungs aus dem antifaschistischen Widerstand (PS) bzw. aus dem »liberalen Flügel« der faschistischen Nationalversammlung (PSD/PPD, MSD), sowie personenbezogenen Zufälligkeiten drückt sich in dieser Differenzierung der sozialdemokratischen »Familie« auch eine unterschiedliche regionale Ausrichtung aus hinsichtlich des Modells des »Reformkapitalismus«, das diese Gruppen vertreten: Während die PS ihn vorwiegend in der BRD sucht, sieht ihn die PSD/PPD in den USA verwirklicht – die MSD scheint eher einen vage frankophil getönten »Mitterandismus« zu vertreten.

Diese Familie vereinigt zweifellos auch heute noch das größte Wählerpotential auf sich –

noch bei den letzten Kommunalwahlen konnte sie über 50% der Stimmen auf sich vereinigen. Sie dürfte auch immer noch die relativ größte Gruppe innerhalb der portugiesischen Arbeiterklasse darstellen, wie sich bei den Gewerkschaftswahlen 1977 immer wieder zeigte: Nur wo es gelang, Einheitslisten der gesamten übrigen Linken aufzustellen, konnten die Einheitslisten der sozialdemokratischen Familie mit einiger Sicherheit geschlagen werden. Außerdem ist ihr Gewicht unter den portugiesischen Arbeitsemigranten weiterhin überwältigend (in Europa: PS, in Amerika: PSD/PPD).

Diese Familie hat außerhalb der Arbeiterklasse eine starke Verankerung unter den lohnabhängigen Mittelschichten und im klassischen Kleinbürgertum. Die PSD/PPD verfügt darüber hinaus über eine regionale Bastion in Gestalt der unter besonders starkem US-Einfluß liegenden Azoren und Madeiras, deren »Separatismus« sich schon mehrfach als wirksamer Hebel gegen Linksentwicklungen auf dem portugiesischen Festland bewährt hat.

Auch wenn diese Familie in sich durch historische, soziale und persönliche Differenzen geteilt ist, läßt sich heute schon absehen, daß ihr heute *als ganzer* die historische Aufgabe zufällt, die nächste Phase des kapitalistischen Stabilisierungsprozesses politisch zu tragen. Offen ist nur noch, ob sie sich dabei von vornherein, im Sinne der »Präsidentschaftsmehrheit« und einer jüngst getroffenen Vereinbarung der PSD/PPD mit der CDS zum »Bürgerblock« einer »Regierung der nationalen Errettung« erweitert, oder ob sie diese Aufgaben zunächst einmal alleine angeht, in Form einer sozialliberalen »Konvergenz«, in der das Gewicht der PSD/PPD beständig steigen wird.

(b) Eine *zweite*, zahlenmäßig viel weniger gewichtige und organisatorisch erst unklar konturierte Familie setzt sich seit dem Rücktritt des Landwirtschaftsministers Lopes Cardoso aus dem Kabinett Soares im Herbst 1976 und dem PS-Parteitag von November und Januar (der aus durchsichtigen taktischen Erwägungen der PS-Führungsgruppe derart auseinandergezogen wurde) zunehmend eindeutiger von dieser »Sozialdemokratie neuen Typs« (d. h. der offen pro-kapitalistischen Fraktion innerhalb der Arbeiterklasse) ab. Diese zweite Familie, die man als »sozialistisch-reformistisch« kennzeichnen kann, hält weiterhin an dem »systemüberwindenden«, antikapitalistischen Anspruch der reformistischen Sozialdemokratie fest, unter dem die PS sich 1973 und 1974 ideologisch konstituiert hatte.

Hierher gehören die in der im März 1977 gegründeten sozialistischen Kulturvereinigung *Fraternidade Operária* zusammengeschlossenen linken PS-Mitglieder und Linksunabhängigen und die »Melo-Annunzio-Strömung« innerhalb der Streitkräfte, sowie einflußreiche intellektuelle Zirkel, wie die Gruppe *Intervencao Socialista*, die im Mai 1976 mit einem internationalen Kongreß über den »Übergang zum Sozialismus im Mittelmeerbecken« hervortrat.

Die reale Stärke dieser Familie ist schwer einzuschätzen. Sie dürfte über maximal ein knappes Dutzend von Parlamentsabgeordneten verfügen – von denen bereits fünf sich aus dem Zusammenhang der PS-Fraktionsdisziplin hinausbegeben haben (zwei bei der Abstimmung über den Regierungshaushalt – bereits aus der Partei ausgeschlossen – und drei bei der Abstimmung über das »Agrarreformgesetz« – mit Ausschluß bedroht) –, verfügt über wirklichen Einfluß unter den Intellektuellen (auch innerhalb der Streitkräfte), und hat prominente Repräsentanten in der portugiesischen Gewerkschaftsbewegung.

Auch wenn sie in ihrer intellektuellen und militärischen Komponente von Angehörigen der lohnabhängigen Mittelschichten bestimmt ist, dürfte auch diese Familie reale Tendenzen innerhalb der portugiesischen Arbeiterklasse zum Ausdruck bringen, vor allem innerhalb der Gruppe der merkantilen Lohnarbeiter, sowie im Industrieproletariat der Klein- und Mittelbetriebe der noch halb ländlichen Nord- und Zentrumsregion. Mit Sicherheit ist sie jedoch weit weniger verankert als sowohl die erste, »sozialliberale«, oder als die folgende, die sich im wesentlichen um die PCP gruppiert.

(c) Die *dritte Familie* unterscheidet sich von der vorstehenden durch ein klares Bewußtsein der Notwendigkeit einer *revolutionären* Umwälzung, trotz allen Gradualismus und allen Etappendenkens, die auch in ihr geläufig sind. Sie besteht aus einer Kerngruppe um die PCP als der mit Abstand stärksten politischen Organisation der portugiesischen Arbeiterklasse, und aus zwei Randgruppen: den sich immer stärker aufsplittenden Trotzkisten, sowie aus den sich allmählich formierenden »Eurokommunisten«, die die im Frühjahr 1976 gegründete MSU zu sammeln versucht.

Die Kerngruppe wird von der PCP, als der traditionellen Partei der portugiesischen Arbeiterbewegung, und den mit ihr in einer Wahlfront zusammengeschlossenen Resten einer linkskatholischen (MDP/CDE) und einer linkssozialistischen Partei (FSP) gebildet, die selbst fast keine soziale Basis mehr haben. Die PCP, die sie dominiert, ja fast alleine ausmacht, verdient eine eingehendere Analyse. Hier beschränken wir uns auf eine Charakterisierung ihrer grundlegenden taktischen Leitlinien, die sie als Exponenten einer besonderen »Linie« innerhalb der kommunistischen Bewegung kennzeichnen:

Sie ist eine der ersten kommunistischen Parteien gewesen, die den Terminus »Diktatur des Proletariats« aus ihrem Programm strich (auf ihrem ersten legalen Parteitag nach dem Sturz des Faschismus, im Herbst 1974); zugleich vertritt sie aber eine Interpretation der »antimonopolistischen Demokratie«, die jeden »bürgerlichen Parlamentarismus« ausschließen soll. In ihrer Parteiorganisation hat sie der Entwicklung zur breiten Massenpartei eindeutig den Vorrang gegenüber einer intensiven Schulung und Prüfung ihrer Mitglieder im Sinne einer Kaderpartei gegeben und dadurch eine wesentliche Voraussetzung für eine umfassende Entwicklung der innerparteilichen Demokratie geschaffen; zugleich wird sie jedoch praktisch immer noch von dem Kern der in der Illegalität geschulten Kader geführt, so daß innerparteiliche Kritikprozesse noch stark gebremst verlaufen. Seit dem Ausschluß einer maoistischen Fraktion Mitte der 60er Jahre vertritt die PCP die These von der friedlichen Koexistenz – seit dem Sturz des Faschismus sogar unter Akzeptierung der NATO-Mitgliedschaft. Sie bekämpft aber weiterhin alle spezifisch westeuropäischen Entwicklungstendenzen, wie sie sich etwa in der von PCI, PCE und der KPG (Inl.) akzeptierten EG-Erweiterung um Portugal, Griechenland und Spanien ihren Ausdruck finden. Auch allen »eurokommunistischen« Entwicklungstendenzen innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung steht die PCP scharf ablehnend gegenüber: sie versäumt keine Gelegenheit zur Verteidigung der von der KPdSU vertretenen Konzeption des »proletarischen Internationalismus«. (Z. B. hat die ihr nahestehende Tageszeitung *O Diário* noch jüngst das Andenken an die »Berliner Mauer« als großen Sieg der Weltfriedensbewegung gefeiert, oder hat die PCP als eine der wenigen westeuropäischen Parteien einen Repräsentanten zur gegenwärtigen Feier der äthiopischen Revolution entsandt). Davon abweichende Konzeptionen werden von der PCP energisch als »rechtsopportunistisch« abgelehnt –

wenn sie auch großen Wert darauf legt, nicht in »öffentliche Polemik« mit anderen kommunistischen Parteien einzutreten. MDP/CDE und FSP haben, sofern sie gegenüber der PCP kritisch Position bezogen, immer Kritik »von links« geübt – unter Rückgriff auf klassische Komintern-Positionen, oder in Annäherung an Positionen der kommunistischen Linken. So sind z. B. beide auch nach dem Auszug der PCP aus der Revolutionären Einheitsfront FUR (im Sommer 1975, nur wenige Tage nach ihrer Gründung) in diesem heterogenen Aktionsbündnis verblieben und so hat etwa die FSP die Kandidatur Otelos unterstützt, während die MDP/CDE gegenüber der Spaltung der Linken bei den Präsidentschaftswahlen zu gar keiner Wahlempfehlung mehr imstande war. Dies zeigt deutlich, wie weit sich beide Gruppen von ihrem christdemokratisch/antifaschistischen bzw. linkssozialistischen Ursprung entfernt haben. Die trotzkistischen Gruppen in Portugal haben ihre 1972/73 begründete Organisation weder in nennenswertem Umfang verankern noch ihre Einheit aufrechterhalten können: Heute existieren vier Gruppen, deren politische Bedeutung sich in ihren Publikationen erschöpft – die Rest-LCI, die davon 1976 abgespaltene PRT, sowie die theoretischen Zirkel *USR* und *Tribuna Marxista*. Bei den Präsidentschaftswahlen haben die trotzkistischen Organisationen (nach einem verunglückten Versuch einer gemeinsamen Sonderkandidatur) den Kandidaten der PCP unterstützt, nachdem sie bis zum Herbst 1975 die Revolutionäre Einheitsfront FUR mitgetragen hatten.

Die spezifische soziale Basis dieser Gruppe ist ohne Zweifel die Arbeiterklasse, mit besonderem Gewicht der produktiven Lohnarbeiter in der Industrie und in der Landwirtschaft. Einige spezifische, zumeist relativ neue Bereiche der Arbeiterklasse sind bisher noch mehrheitlich von anderen »Familien« der portugiesischen Linken vertreten, allen voran das ländliche Halbproletariat des Nordens, das formell noch den Status von Kleinbauern bzw. -pächtern bewahrt, sowie die sich im Wesentlichen daraus rekrutierenden Arbeitsemigranten, die den rechten Flügel der PS, wenn nicht bürgerliche Zentrums- oder Rechtsparteien wie PSD und CDS unterstützen. Ähnliches gilt für die junge Metallindustrie des Nordens, in der der linke Flügel der PS verankert ist, die weiblichen Lohnarbeiter der Textilindustrie sowie einiger Fertigungsbetriebe des internationalen Kapitals und einige Großbetriebe des Lissabonner Industriegürtels (z. B. Lisnave, Setenave), unter denen die kommunistische Linke ihre breiteste Basis hatte. Dennoch ist auch hier das Gewicht dieser Familie, vor allem der PCP bedeutend – und hat vor allem seit dem Frühjahr 1976 zugenommen. Darüber hinaus ist diese Familie auch unter den merkantilen Lohnarbeitern sowie unter den Lohnarbeitern außerhalb des Kapitalverhältnisses verankert, wenn sie auch in diesen Bereichen hinter PS und (zunehmend) PSD zurückbleibt. Sofern schließlich eine signifikante Einbeziehung von Angehörigen der Mittelschichten gelungen ist, ist sie weitgehend auf das Erbe der MDP/CDE als antifaschistische Einheitsbewegung zurückzuführen.

Trotz der organisatorischen Konsolidierung ihrer Kerngruppe (in Gestalt der Wahlfront FEPU und der ca. 140 000 Mitglieder umfassenden Parteioorganisation der PCP) hat diese »Familie« ihre soziale Basis bisher quantitativ nur in geringem Umfang (ca. 17% im Dez. 1976, gegenüber ca. 14,5% der PCP im April 1976) und qualitativ nur hinsichtlich der Kleinpächterbewegung im Norden Portugals erweitern können. Aufgrund der von der PCP seit ihrem VIII. Parteitag (Nov. 1976) verstärkt befolgten Einheitsfront-Taktik ist es ihr allerdings inzwischen mit Sicherheit gelungen, zumindest Teile der von der Regie-

rungspolitik enttäuschten PS-Anhängerschaft, sowie Teile der von dem Scheitern aller Frontbildungsversuche links von der PCP enttäuschten Anhänger der kommunistischen Linken zu gewinnen. Es gibt allerdings Anzeichen dafür, daß die überwiegende Reaktion auf diese Enttäuschungen in entpolitisierter Resignation oder sogar in dezidiertem Rechtswendung besteht.

(d) die *vierte Familie* – in sich vielleicht die heterogenste – unterscheidet sich von der voranstehenden vor allem hinsichtlich ihrer Einschätzung des bürgerlichen Staatsapparats im Prozeß der sozialistischen Umwälzung, sowie – damit eng verbunden – der Fragen des bewaffneten Kampfes und der friedlichen Koexistenz. Da sie an Thesen der »linken Opposition« in der Sowjetunion der 20er Jahre, sowie der »guevaristischen« und »maoistischen« Fraktionen innerhalb der heutigen internationalen kommunistischen Bewegung anknüpft, kann man sie als kommunistische Linke analysieren.

Ihr »organisatorisches Rückgrat« besteht heute aus der Anfang 1976 von mehreren maoistischen Zirkeln gebildeten PCP(R). Diese Kaderorganisation, die beansprucht, die von den »revisionistischen Verrätern zerstörte« PCP der 40er und beginnenden 50er Jahre fortzusetzen, lehnt sich zunehmend an die KP Albanien an – insbesondere, nachdem die VR China praktisch die ihr treu ergebene PCP(m-l) anerkannt hat. Mittels ihrer Massenorganisation UDP ist sie im Parlament vertreten (mit 1 Abgeordneten) und verfügt als einzige der Gruppen dieser »Familie« über eine im ganzen Land präsente Organisation. Das hat nicht nur dazu geführt, daß ihr die Hegemonie innerhalb der aus der Otelo-Kampagne hervorgegangenen Volkseinheitsbewegung MUP zufiel, auch die Austrittsbewegungen sowohl aus den nach rechts abrutschenden maoistischen Gruppen, als auch aus den anderen Gruppen der kommunistischen Linken sind im Wesentlichen ihr zugutegekommen.

Seit dem Scheitern einer erneuten Verankerung in breiteren Massen, wie sie durch die Organisierung der Otelo-Bewegung erreicht werden sollte, sind die übrigen Gruppen dieser Familie in einer tiefgehenden und akuten Krise, die sie weitgehend ihrer politischen Handlungsfähigkeit beraubt. Einerseits steht der Rest der einstigen Organisation der »Neuen Linken«, des MES, vor der Alternative, sich in irgendeiner Form der UDP unterzuordnen oder aber zum theoretischen Zirkel ohne Möglichkeiten eines praktischen Eingreifens zu werden. Sein Anspruch als marxistisch-leninistische Parteaufbauorganisation ist heute jedenfalls – nach dem Austritt der späteren *Intervenção Socialista* im Herbst 1974 und des späteren MSU im Februar 1976 – nicht mehr aufrechtzuerhalten – zumal der Austritt einer weiteren, UDP-nahen Fraktion zu drohen scheint. Der ideologische *point d'honneur* dieses Rest-MES besteht darin, zwar am »proletarischen Internationalismus« festzuhalten, sowie am »demokratischen Zentralismus« als Organisationsprinzip einer Kaderorganisation, aber zugleich das Fehlen eines bestimmaren Bezugszentrums für den »proletarischen Internationalismus« zu behaupten, sowie die Notwendigkeit einer Anwendung des »demokratischen Zentralismus« im Sinne der »Arbeiterautonomie«, d. h. »von der Basis bis zur Spitze«. Offensichtlich ist eine derartige Position nicht mehr geeignet, eine eigenständige politische Gruppe mit praktischer Relevanz zu begründen.

Die übrigen Gruppen der kommunistischen Linken sind in der gegenwärtigen Phase des defensiven Kampfes der Arbeiterbewegung bereits wieder so weit von den wirklichen Klassenkämpfen entfernt, daß sie allenfalls noch theoretische Zirkel, wenn nicht bloße

Freundeskreise darstellen: Die auf Lissabon beschränkte Gruppe um Isabel do Carmo, die eine »lateinamerikanische«, »guevaristische« Linie vertreten hat – die PRP – hat mit dem Verlust ihrer Positionen innerhalb der militärischen Linken ihre bis Herbst 1975 durchaus bestehende politische Bedeutung verloren; die spontaneistisch-syndikalistische Gruppe »Base-FUT« hat nie außerhalb einiger Randzonen der Gewerkschaftsbewegung Einfluß gewonnen; die Organisation der »Unabhängigen der Volkseinheit« ist als reine Verlegenheitslösung entstanden, nachdem es nicht einmal mehr möglich war, den organisatorischen Restbestand der Volkseinheitsbewegung MUP aufrechtzuerhalten.

Trotz alledem – und trotz aller wechselseitigen Charakterisierung dieser Gruppen als »Verräter«, »Abenteurer« und »Bürokraten« – darf nicht übersehen werden, daß diese Familie insgesamt reale Tendenzen (und Probleme) innerhalb der portugiesischen Arbeiterbewegung zum Ausdruck bringt: Dafür sprechen nicht nur der Wahlerfolg der Präsidentschaftskandidatur Otelo – der allerdings nur zum Teil diesen Organisationen als den Trägern der Kampagne galt – und ihr noch vorhandener Einfluß in einigen Bereichen der Gewerkschaftsbewegung (wo sie seit langem innerhalb der linken Einheitsgewerkschaft *Intersindical* – seit Januar 1977 in erweiterter Form als CGTP/IN mitarbeiten). Auch qualitative Erfolge dieser Gruppen, wie der relative Erfolg des MES in der Organisation weiblicher Lohnarbeiter im Bereich der neuen Industrien der 60er Jahre und der punktuelle Erfolg der UDP in der Organisation der Kleinbauern von Madeira, machen deutlich, daß sie ihre Existenz wirklichen »Widersprüchen innerhalb des Volkes« verdanken – und nicht nur den sektiererischen Vorstellungen einiger ihrer Führer. Dies gilt um so mehr, als die beiden damit in Angriff genommenen Probleme – das der Brechung des bestimmenden Einflusses von Familie und Kirche unter den jungen Industriearbeiterinnen und das der Gewinnung der Kleinbauern für ein eindeutig antikapitalistisches Projekt – in der Tat zentrale Probleme kommunistischer Taktik im heutigen Portugal darstellen.

## 2.2 Das Scheitern einer organisatorischen Überwindung der Spaltung der portugiesischen Linken und ihre gegenwärtigen Perspektiven

Seitdem im Herbst 1974 die breite antifaschistische Front der MDP/CDE sich als solche auflöste – indem sie sich in eine besondere politische Partei neben ihren Komponenten aus allen »Familien« der portugiesischen Linken verwandelte – hat es eine Vielzahl von Versuchen gegeben, die fraktionelle Spaltung der portugiesischen Linken durch die Bildung einer übergreifenden Frontorganisation oder eines Aktionsbündnisses zu überwinden. Sie sind sämtlich bisher gescheitert – entweder an ihrer politischen Unklarheit oder aufgrund ihrer Beschränktheit auf eine der benannten Fraktionen. Auch die taktischen Lehren, die die politischen Organisationen der portugiesischen Linken aus ihrer Niederlage im Sommer-Herbst 1975 gezogen haben, haben dies nur modifiziert, nicht grundlegend geändert. Während die PS-Führung, zweifellos getragen von einer breiten Mehrheit innerhalb der Partei, aus dem Verlauf der vorrevolutionären Krise und ihrer Beendigung im November 1975 die taktische Konsequenz gezogen hat, jedes explizite Bündnis nach rechts oder links zu vermeiden, sich aber punktuell auf die bürgerlichen Parteien rechts von ihr zu stützen, befürwortet ein rechter Flügel der PS ein festes Zusammengehen mit der PSD. Das damit

angesprochene Ziel der Bildung einer »großen sozialdemokratischen Partei« wird auch von einer bedeutenden Gruppe innerhalb der PSD (sowie von Teilen des MSD) verfolgt – ihm stehen allerdings vor allem historische Gesichtspunkte entgegen: Während die PS eine unzweideutig antifaschistische Tradition hat, kommt ein großer Teil der PSD-Führer, darunter der Parteichef Sa Carneiro (inzwischen zurückgetreten, d. Red.) aus der politischen Führungsschicht des faschistischen Regimes. Auch heute noch gibt es auf regionaler Ebene (bes. auf den Inselregionen Azoren und Madeira) Verbindungen zwischen PSD und rechten Terrororganisationen.

Andererseits befürwortet ein kleiner linker Flügel der PS eine Öffnung der gegenwärtigen Regierung nach links, zumindest unter Einbeziehung der Gruppen der »sozialistisch-reformistischen« Familie, die auch schon deutlich ihre Bereitschaft dazu erklärt haben. Der militärische Block der »Gemäßigten«, dessen politischer Repräsentant der Präsident der Republik, General Ramalho Eanes, ist, scheint demgegenüber eine zivile Blockbildung zu befürworten, die seiner eigenen Bandbreite entspricht, die von den »sozialistisch-reformistischen« Offizieren um den Vorsitzenden der »Verfassungskommission« des Revolutionsrates, Melo Antunes, bis zu den »operationellen« Technokraten vom Typus des Generalstabchefs des Heeres, Rocha Vieira, reicht.

Die innere Widersprüchlichkeit dieses potentiellen »Mittelblocks« hat bisher verhindert, daß eine andere Taktik als die der PS-Führung sich durchsetzen konnte. Nachdem aber inzwischen offensichtlich ist, daß diese Taktik auf allen Ebenen so weit in die Isolierung geführt hat, daß die gegenwärtige Regierung kaum noch über parlamentarischen, gewerkschaftlichen, militärischen oder auch nur öffentlichkeitswirksamen Handlungsspielraum verfügt, suchen die politischen Repräsentanten dieses Mittelblocks seit Wochen nach einer Alternativlösung.

Währenddessen verschärfen sich die Probleme: Da bisher keine kohärente Politik gegenüber der wirtschaftlichen Krise und der damit einhergehenden zunehmenden wirtschaftlichen Abhängigkeit definiert werden konnte (die dafür grundlegende Festlegung einer »mittelfristigen Planung« durch das Parlament wurde im Juli auf Oktober vertagt!), bricht die ökonomische Equipe der Regierung seit Ende August schrittweise zusammen (Rücktritte von Staatssekretären mit Schlüsselpositionen, wie der der Staatssekretärin für den Plan, überstürzte »Ferien« des Finanzministers im Ausland); finanzielle Entscheidungen werden zunehmend vertagt; die wirtschaftliche Sabotage der Rechten nimmt mit einem großangelegten Streik der Piloten der nationalisierten Fluggesellschaft TAP neue Dimensionen an. Gleichzeitig gewinnt die extreme Rechte wieder an politischem Schwung: Eine neue Welle von Bombenattentaten scheint zu beginnen; die militärische Rechte befestigt ihre Positionen, vor allem in der Marine; Staatsstreichgerüchte werden wieder akut.

Damit wird deutlich, daß auf der Ebene eines »staatstragenden Regierungsblocks« eine Entscheidung zwischen zwei unmittelbar möglichen Lösungen nur noch eine Frage von Wochen ist: Entweder gelingt eine politische Konsolidierung des »Mittelblocks« – von den »sozialistisch-reformistischen« Kräften bis zum »technokratischen« Flügel der Sozialdemokratie, oder aber es kommt zur Bildung eines »Bürgerblocks« unter Einbeziehung der mit dem faschistischen Regime kompromittierten Kräfte der »gemäßigten Rechten«. Beide Lösungen können sicherlich verschiedene Formen annehmen – von der Einigung

über ein Regierungsprogramm bis zur Regierungsumbildung, von der Aufrechterhaltung einer formellen Alleinregierung der PS, über die Bildung von Koalitionsregierungen unter ihrer Führung, bis zur Bildung einer »überparteilichen Expertenregierung«, vor allem aus Militärs und zivilen »Unabhängigen« – entscheidend wird aber sein, welcher politische Inhalt sich schließlich durchsetzt: Ob es gelingt, den der zweiten portugiesischen Republik zugrundeliegenden Verfassungskompromiß vorerst zu stabilisieren – und damit einem späteren sozialistischen Übergang zumindest eine institutionelle Hintertür aufrechtzuerhalten –, oder ob der Weg zu seiner Aushöhlung zugunsten zunehmend autoritärer Formen politischer Herrschaft der Bourgeoisie beschritten wird, an dessen Ende schon nach Monaten ein Regime des Ausnahmezustandes stehen kann.

Auch die »Familien« der linken Opposition haben ihre Lehren aus Verlauf und Ausgang der »politisch-militärischen Krise« im Sommer 1975 gezogen – deren Tragfähigkeit durch die gegenwärtige Krise des Regierungsblocks einer scharfen Prüfung ausgesetzt wird.

Die von der PCP geführte »Familie« scheint die grundlegende Konsequenz gezogen zu haben, daß ein sozialistischer Übergang in Portugal nur unter Einbeziehung zumindest wesentlicher Teile des gegenwärtigen Mittelblocks möglich sein wird. Daher hat sie seit November 1975 auf alle Versuche eines Linksbündnisses verzichtet, wie es die Basis der V. Provisorischen Regierung unter Vasco Goncalves hatte bilden sollen – selbst um den Preis ihrer weitgehenden politischen Isolierung, wie bei den Präsidentschaftswahlen im Juni 1975. Die scharfe Abgrenzung gegenüber dem »Linksradikalismus« als »objektiver Hilfstuppe der Reaktion« ist seitdem eine Konstante ihrer Politik. Gleichzeitig hat sie sich in verschiedenen Formen um eine Verständigung bzw. ein Bündnis mit Teilen des potentiellen Mittelblocks bemüht: So auf der parlamentarischen Ebene zunächst durch das konstante Bündnisangebot an die PS (unter dem Stichwort einer »Linksmehrheit«), seit August 1977 durch das unverhohlene Angebot an die »sozialistisch-reformistische« Familie, sich – anlässlich von Neuwahlen oder einer Regierungsumbildung – als eigenständige politische Kraft zu formieren; als gesellschaftspolitisches Programm bietet sie dabei seit Juni 1975 einen Klassenkompromiß an, der sich konkret auf kurzfristige Maßnahmen zur wirtschaftlichen Stabilisierung unter Stärkung der nationalen Unabhängigkeit (und des nationalen Kapitals) stützt, die mit einem sozialen und vor allem gesellschaftspolitischen Stillhalteabkommen Hand in Hand gehen sollen (ein Programm dafür liegt, als Ergebnis einer nationalen Tagung der PCP, in eindrucksvoller Präzision ausgearbeitet vor).

Nicht nur die PS-Führung, sondern auch die sozialistisch-reformistische »Familie« haben aber bisher alle diese Kompromißangebote abgelehnt – letztlich weil sie davon ausgehen, daß ohne weitergehende Konzessionen, vor allem an das internationale Kapital und seine portugiesischen Verbündeten, es unmöglich sein wird, auch nur die politische Form der Demokratie aufrechtzuerhalten, von der Offenhaltung einer sozialistischen Option noch ganz zu schweigen. Angesichts der sich vertiefenden wirtschaftlichen Krise bedeutet dies, daß die Politik des »Mittelblocks« immer weiter nach rechts »abrutscht«, während die PCP es immer weniger vermeiden kann, demgegenüber eine klare Position der linken Opposition zu beziehen. Dieses Dilemma zwischen ihrer taktischen Grundlinie und den Anforderungen der konkreten Situation, hat die PCP im August 1977 dadurch zu überwinden versucht, daß sie einerseits mit der Forderung nach Neuwahlen oder zumindest einer Regierungsneubildung klar gegen die Politik der Kompromisse nach rechts der PS-Re-

gierung aufgetreten ist, sich andererseits aber weiterhin als unentbehrlichen Partner einer »verantwortlichen Lösung« der gegenwärtigen Krise empfiehlt. Angesichts der ablehnenden Reaktionen der übrigen Linken ist der Erfolg dieser taktischen Wendung bisher zweifelhaft geblieben: Auch wenn sie durch eine Art von Einheitsfronttaktik ihre Basis innerhalb der Massen sicherlich wird verbreitern können, kann die PCP es wohl nicht vermeiden, eine klare Antwort auf die Frage zu geben, die sich in diesen Tagen auf der Ebene der Zentren der politischen Gewalt stellt: Entweder durch eine Politik des Klassenkompromisses die politische Demokratie zu verteidigen – wobei der genaue Inhalt des Klassenkompromisses zwar noch auszuhandeln sein wird, aber sicherlich hinter den gegenwärtigen Minimalforderungen der PCP zurückbleibt – oder aber durch eine Politik der Klassenkonfrontation die gegenwärtige politisch-militärische Krise zu verschärfen und damit das Risiko einer mehr oder minder gewaltsamen Krisenlösung seitens der Bourgeoisie einzugehen.

Während sich so die PCP und die mit ihr verbundenen politischen Kräfte – aufgrund ihrer Schlüsselrolle in der gegenwärtigen politischen Krise – in einem schwierigen Dilemma befinden, ist die taktische Situation der Gruppen der kommunistischen Linken, gerade wegen ihrer Randposition, sehr viel einfacher: Sie vertreten eine Politik der Klassenkonfrontation, die auf eine außerparlamentarische Lösung einer sich erneut zur vorrevolutionären Situation vertiefenden Krise abzielt. Ihr Problem besteht allerdings darin, daß dies, angesichts der organisatorischen Schwäche und geringen Verankerung dieser Gruppen in den Massen, gegenwärtig bedeutet: »Nach dem Faschismus, wir!« Und das ist in Portugal, nach über 47 Jahren Faschismus, eine verzweifelte Position – über die auch die Einschätzung nicht hinwegtrösten kann, daß die Faschisierung der bürgerlichen Welt ohnehin rasend fortschreitet (PRP) oder daß die veränderten objektiven Bedingungen eine Wiederkehr des »klassischen Faschismus« ausschließen (MES). Die Bildung einer starken außerparlamentarischen Massenbewegung links von der PCP, gestützt vor allem auf Gewerkschaften und Arbeiterkommissionen, die in der Lage sein könnte, eine gewaltsame Krisenlösung seitens der Bourgeoisie zu verhindern, war daher eine taktische Lebensfrage für diese Gruppen. Es ist daher nur verständlich, daß sie auch nach dem Scheitern der Volks-einheitsbewegung MUP (November 1976 – März 1977) weiterhin nach einer derartigen Lösung suchen. Solange sie aber nicht in der Lage sind, die beiden einfachen Fragen zu beantworten, wie es möglich sein soll, eine antikapitalistische Massenbewegung in Portugal ohne die »Familie« der PCP zu begründen, und wie die Dynamik einer Massenbewegung die Differenzen zwischen konkurrierenden leninistischen Kaderparteien überwinden soll, die diese Organisationen nicht von sich aus aufzuheben imstande sind, werden ihre Initiativen nicht über das Stadium bloßer Entwürfe und Vorstellungen hinauskommen.

In diesem Punkt ist allein die PCP(R) in der Lage, eine einigermaßen kohärente Position einzunehmen: ihre Forderung nach einem »25. April des Volkes«, d. h. einer zweiten, proletarischen Revolution in Portugal, in der sie an die Stelle der »revisionistischen Verräter«, d. h. der PCP, als »revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse« zu treten gedenkt, setzt nicht eine irgendwie geartete »Einheit der Linken« mit unklar »linkspluralistischen« Vorzeichen voraus, sondern schlicht das Verschwinden aller politischen Organisationen des Proletariats außer ihr. Das heißt aber in der Tat, daß sie eine konsequente Katastrophenpolitik propagiert – zugunsten einer fernen revolutionären Perspektive deren unmittelbarer Realitätsgehalt minimal ist.



### 3. Portugal am Scheideweg

Der Spielraum für ein weiteres Hinausschieben einer definitiven Entscheidung über die künftige Entwicklungsrichtung des »portugiesischen Prozesses« ist sehr eng geworden. Eine definitive Konfrontation wird binnen kurzem erwartet.

Die Bourgeoisie hat inzwischen weitgehend die Kontrolle über den Staatsapparat, besonders in den Bereichen von Administration, Polizei und Armee zurückgewonnen. Ihr ist es aber noch nicht gelungen, eine hinreichende Massenbasis für eine unverblühte Restauration der Kapitalherrschaft zu gewinnen.

Die politischen Repräsentanten der portugiesischen Arbeiterklasse verfügen zwar – zusammengekommen – über eine eindrucksvolle Massenbasis, die die soziale Grundlage der portugiesischen Demokratie darstellt, sind aber nicht in der Lage, ein *gemeinsames* politisches Projekt zu definieren. Dennoch stehen sie vor der historischen Aufgabe, einen *Klassenkompromiß* zu finden und durchzusetzen, der *weder* die Kapitulation der Arbeiterklasse vor den Forderungen des (internationalen) Kapitals bedeutet, *noch* die Repräsentanten des Kapitals veranlaßt, ihm eine gewaltsame Lösung der Krise vorzuziehen. Auf dieser Basis allein wird es auch möglich sein, eine hinreichend breite und doch politisch klare Einheit der portugiesischen Linken herzustellen. Über die Schwierigkeit einer solchen Lösung sollte man sich keine Illusionen machen – doch die Alternative besteht darin, den Weg zu einem sozialistischen Übergang in Portugal auf lange Frist wieder unter der Gewaltherrschaft der Bourgeoisie zu begraben. Und die Zeit drängt.

Coimbra, September 1977

Artikel und Buchbesprechungen zur literarischen und kulturpolitischen Diskussion in der BRD sind erschienen in

#### Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus

Zum Subjektivismus in der neueren Literatur, Heft 4–76

Und wo bleibe ich? (Kritik an M. Schneider), Heft 1–77

Ästhetik des Widerstandes (Weiss-Kritik), Heft 1–77

Die geistesgestörte Gesellschaft (Kipphardts »März«), Heft 2–77

Begräbnis links der Mauer (T. Braschs »Vor den Vätern«), Heft 2–77

Und immer wieder geht die Sonne auf (Frischs »Montauk«), Heft 3–77

Zerstörung des Realismus in der Literatur (Herburgers »Flug ins Herz«), Heft 3–77

## Literatur

### Kollektives Bewußtsein und Literatur in der DDR

#### Christa Wolfs »neue Art zu schreiben«

von Lothar Klawohn

Die in der DDR herrschende Form von Literatur wird von Kritikern und Rezensenten, je nach deren politischen Standpunkt, irgendwo zwischen bürgerlicher und sozialistischer Literatur angesiedelt. Die Argumente sind dabei zumeist philosophisch-normativ (Erkenntnistheorie, sozialistischer Realismus) und beruhen selten auf der Analyse konkreter literarischer Werke. Der neue Roman von Christa Wolf, *Kindheitsmuster*,<sup>1</sup> gibt Anlaß, vom Werk ausgehend, über die gesellschaftliche Funktion von Literatur nachzudenken. Dazu sollen hier einige Anhaltspunkte gegeben werden, die zur Lektüre und Überprüfung anregen sollen.

Literatur hatte im 18./19. Jh. eine andere und bedeutendere Funktion als heute. In dieser Zeit konstituierte sich das Bürgertum als Klasse und setzte sich, noch ungefährdet vom Proletariat, konsequenter mit seinen eigenen ideologischen Widersprüchen auseinander. (Eine Parallele sehe ich in der Entwicklung der politischen Ökonomie bis Ricardo) Es bestand eine kollektive Erwartungshaltung an Literatur. Da gab es Romane und Theaterstücke, die paßten wie die Faust aufs Auge. War der Schlag zu stark, schlossen sich die Augen des bürgerlichen Publikums und man ignorierte das Werk, war er auszuhalten, öffnete man die Augen und entließ, die eigenen Widersprüche sehend, Tränen der Empfindsamkeit und des Mitleids. Inzwischen ist der Literaturbetrieb von anderen Medien überlagert aber zugleich so angeschwollen, daß der Buchladen für jedes individuelle Bedürfnis oder Leiden die passende Medizin im Regal hat.

Anders sind die Verhältnisse in der DDR. Spätkapitalistische Kulturindustrie wird nur gebremst importiert, anstelle des Marktes lenkt, mit wechselnder Strenge, die Partei über die öffentlichen Institutionen den Literaturbetrieb. Neben den hinreichend geschmähten



# BEITRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHE SOZIALISMUS

1-78

## BRD

Wienwert- und Profit-  
raten des Kapitals

## USA

Recht auf Elend: Armut  
und Unterdrückung  
Krise und Massen-  
arbeitslosigkeit in den  
USA

Interview: Politik der  
KPUSA und die Situation  
der Linken

## Portugal

F.O. Wahl: Chronik in  
der Asche: Die Politik  
der Linksparteien

## Literatur

Zeitschriften  
Bücher



Die  
Alternative